

Entwicklungspolitischer Wahlcheck 08

Frage 1 - Unterstützen Sie die Forderung nach struktureller Förderung der Aktivitäten des EPN Hessen e.V.?

Ja

Eine künftige Landtagsfraktion der LINKEN wird sich aktiv dafür einsetzen, die strukturelle Förderung des EPN im hessischen Landeshaushalt fest zu schreiben.

Frage 2a – Haushaltsmittel wie 2003

Ja.

DIE LINKE fordert die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und wird sich dafür einsetzen, dass das Land Hessen eine entsprechende Bundesratsinitiative ergreift. Die (Wieder-) Einführung einer Vermögenssteuer mit einem Freibetrag von 500.000 Euro und einem Steuersatz von einem Prozent würde dem hessischen Haushalt Einnahmen von 1,2 Milliarden Euro bringen. Mit diesen Einnahmen aus der Vermögenssteuer, dem Verzicht auf die Unternehmenssteuerreform, die den Landeshaushalt mit 200 Millionen Euro belasten wird, und einer Erhöhung der Erbschaftssteuer, die Einnahmen von 450 Millionen Euro für den Landeshaushalt bedeuten, können die Forderungen der hessischen LINKEN für soziale Gerechtigkeit in Hessen finanziert werden. Die Kürzungen der „Aktion sichere Zukunft“ ließen sich damit leicht rückgängig machen.

Frage 2b – 0,7 % des BSP für Entwicklungspolitik

Ja

Eine künftige Landtagsfraktion der LINKEN wird bei den Haushaltsberatungen mit entsprechenden Anträgen – auch in Zusammenarbeit mit anderen Parteien – initiativ werden.

Frage 3 - Armutsbekämpfung als entwicklungspolitischer Schwerpunkt

Ja.

Eine Konzentration der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit auf „wirtschaftsnahen Maßnahmen, die den Partnern die Eingliederung in den Weltmarkt“ erleichtern, lehnt DIE LINKE. als einseitig und unzureichend ab. Wie zahlreiche internationale Erfahrungen gezeigt haben, ist die Konzentration auf die Bekämpfung von Armut der nachhaltigste und erfolgversprechendste Weg für die Entwicklungsländer. Hieran sollte sich auch die entwicklungspolitische Zusammenarbeit des Landes Hessen orientieren.

Frage 4 – UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“

Ja.

DIE LINKE. hält es für richtig, dass die Inhalte der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ auch und gerade Aufnahme in die Aus- und Fortbildungspläne der Fachhochschulen und sonstigen Fortbildungseinrichtungen für die Angehörigen des öffentlichen Dienstes finden. Wie beim Beschaffungswesen (siehe unten) sollten die Landesregierung und der öffentliche Dienst in Hessen hier Vorreiter einer neuen international ausgerichteten Kultur der Solidarität sein.

Frage 5 – Landesbeirat

Ja.

Die Einrichtung eines Nord-Süd-Beirates mit beratender Funktion für Landtag, Landesregierung und Verwaltung halten wir für einen richtigen Schritt.

Frage 6a – Gemeindeordnung

Ja.

Die entschiedene Förderung eines gesellschaftlichen Wandels hin zu einer sozial, ökologisch und international solidarischen, nachhaltigen Entwicklung halten wir für eine der großen Herausforderungen für die Zukunft. Die Einrichtung entsprechender Haushaltsstellen in den hessischen Kommunen kann diesen Prozess und den dafür notwendigen gesellschaftlichen Bewusstseinswandel unterstützen und wird von uns unterstützt.

Frage 6b – Agenda 21

Ja.

Im Sinne der Antwort auf Frage 6a unterstützt DIE LINKE. auch die Förderung lokaler und regionaler Agenda21 –Prozesse.

Frage 7 – Beschaffungswesen

Ja.

Analog zu unserem Eintreten für die Einhaltung sozialer Standards und bestehender Tarifverträge bei der Auftragsvergabe des Landes Hessen und der hessischen Kommunen unterstützen wir entschieden Forderungen nach der Einführung zusätzlicher Kriterien in der Beschaffungs- und Vergabep Praxis des Landes wie jene nach Unterstützung wirtschaftlich benachteiligter Produzentinnen und Produzenten, Transparenz und Verantwortlichkeit, Förderung der Fähigkeiten (capacity building), fairen Preisen, Geschlechtergerechtigkeit (gender), guten Arbeitsbedingungen, dem Ausschluss von Kinderarbeit und dem Umweltschutz.

Frage 8 Regierungsführung der globalen Verantwortung

Ja.

Eine künftige Landtagsfraktion der LINKEN wird Initiativen ergreifen, dass das Land Hessen sich auf allen Ebenen für eine sozial gerechte und international solidarische Entwicklung einsetzt.

Frage 9 – Klimaschutz

Ja.

DIE LINKE setzt sich in Hessen entschieden für den Ausbau regenerativer Energien ein, insbesondere in den Händen lokaler und regionaler Energieerzeuger. Für genau so richtig halten wir es auch, in der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit solche Projekte zu fördern.

Frage 10 a – Migration und Rassismus

Ja.

Wir fordern eine Politik, die alle in Hessen lebenden Menschen in ihrer Vielfalt gleichbehandelt und dadurch den Zusammenhalt der Gesellschaft fördert. Die Komplexität des Themas Integration wurde in der hessischen Politik noch nicht verstanden.

Wir verstehen unter Integration die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen am kulturellen, politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben in einer solidarischen und demokratischen Gesellschaft. Wir lehnen die Reduktion des Begriffes der Integration auf ein bloß kulturelles Phänomen ab. Integration auf den Kulturbegriff zu reduzieren, begünstigt die gesellschaftliche und politische Ausgrenzung von MigrantInnen.

DIE LINKE fordert die Einrichtung eines »Ministeriums für Migration und Integration« mit dem Ziel, ein tragfähiges Migrations- und Integrationskonzept zu erarbeiten, dieses auf allen Ebenen des Landes Hessen umzusetzen und die Umsetzung in regelmäßigen Abständen zu evaluieren. Im Rahmen dieses Konzeptes sollten neue Wege mit allen Beteiligten verabredet und die notwendigen Mittel bereitgestellt werden. Ein weiterer Schwerpunkt der ministeriellen Arbeit soll darin liegen, als Ansprechpartner für alle Privatpersonen, Vereine und Institutionen zu dienen, welche sich mit dem Thema Migration und Integration auseinandersetzen.

Frage 10b – Asyl

Ja.

Der Umgang mit AsylbewerberInnen und Flüchtlingen soll sich nicht an deren Abschiebung, sondern am möglichen Bleiberecht orientieren. Die Kettenduldung muss abgeschafft und jede Abschiebung von einer unabhängigen Kommission

geprüft werden. Wir halten es für wesentlich, dass auch Fachleute von Flüchtlingsorganisationen an diesen Kommissionen beteiligt werden. Auch treten wir für die Abschaffung des zutiefst inhumanen Flughafenverfahrens ein.

Die Situation der Geduldeten hat sich durch das Zuwanderungsgesetz 2005 nicht verbessert. DIE LINKE. fordert:

- eine gesetzliche Bleiberechtsregelung, die länger hier lebenden geduldeten Flüchtlingen und Asylsuchenden einen Rechtsanspruch auf Aufenthalt verschafft und ihre Integration ermöglicht;
- die Abschaffung des diskriminierenden Asylbewerberleistungsgesetzes;
- ein Recht auf Arbeit für hier lebende Flüchtlinge.

In Hessen leben etwa 100.000 Menschen mit ungeregeltem Aufenthaltsstatus. Wir treten dafür ein, diese Menschen aus der Illegalität zu holen. Kindern mit ungeregeltem Aufenthaltsstatus muss, wie in anderen Bundesländern auch, der Schulbesuch ermöglicht werden. Den Menschen müssen grundlegende Rechte wie der Zugang zu gesundheitlicher Versorgung und zu Bildung sowie das Recht auf eine faire Entlohnung für geleistete Arbeit in der Praxis gesichert sein.